



II-5874 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/64-I/6/92

11. Mai 1992

Herrn
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

26291AB

Parlament
1017 W i e n

1992 -05- 11

zu 2590 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Grandits, Langthaler, Freundinnen und Freunde haben am 11. März 1992 unter der Nr. 2590/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Zerstörung der Regenwälder in Malaysia (Sarawak) gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Schritte wird die österreichische Bundesregierung angesichts der neuerlichen Eskalation in Sarawak für die Anerkennung der Menschenrechte der Dayaks unternehmen?
2. Welche diplomatischen Schritte wird die österreichische Bundesregierung angesichts der deutlichen Verletzung der indigenen Rechte der Ureinwohner Sarawaks unternehmen?
3. Die im November 1990 überreichte Petition von zwei Vertretern der Ureinwohner Sarawaks beinhaltet folgende Forderungen:
 - Tropenholzimportstopp aus Malaysia
 - Anerkennung der Landrechte der Ureinwohner in Sarawak
 - sofortiges Schlägerungsverbot in Malaysia und der Errichtung eines Biosphärenreservates in von Ureinwohnern bewohnten Gebieten
 - a) Inwieweit wurde diesen Forderungen von Ihrer Seite Nachdruck verliehen?

- 2 -

- b) Hat sich Österreich in internationalen Gremien für die Schaffung eines Biosphärenreservates eingesetzt? Mit welchem Erfolg?
4. Welche weiteren Schritte gedenken Sie angesichts der neuerlichen Eskalation der Situation (Verhaftung, gewaltsame Auflösung der Blockaden vor Ort) der Ureinwohner in Sarawak zu unternehmen?
 5. Werden Sie sich für die persönliche Freilassung von Anderson Nutang Urud einsetzen?
 6. Würden Sie der Forderung nach einem Tropenholzimportstop zustimmen?
 7. Sind österreichische Firmen an dem BAKUN-Staudammprojekt in Sarawak beteiligt?
 8. Durch den BAKUN-Staudamm sind auch DAYAKS (Ureinwohner Sarawaks) betroffen.
 - Welche Kriterien einer Umwelt- und Sozialverträglichkeit wurden in Bezug auf dieses Projekt herangezogen?
 9. Welche bilateralen Projekte zwischen Malaysia und Österreich sind derzeit im laufen bzw. in Planung?
 10. Angesichts der groben Menschenrechtsverletzungen in Malaysia müssen die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Land in einem anderen Licht gesehen werden. Durch den Import von Tropenhölzern und wirtschaftlichen Kooperationen mit Malaysia legitimiert Österreich die Zerstörung der tropischen Regenwälder und die Verletzung der Eingeborenenrechte in Sarawak.
 - Welche neuen wirtschaftlichen Kooperationen streben Sie angesichts der Situation in Malaysia an?
 11. Laut Bericht der ITTO (Internationale Tropenholzorganisation) stammen 99,9 % aller Tropenhölzer aus Raubbau. Bis heute existieren keine internationalen seriösen Kriterien für eine nachhaltige Forstwirtschaft in den Tropen. Die 'Selbstverpflichtungserklärung' hat sich als unseriös und nicht einhaltbar gezeigt. Trotz des Parlamentsbeschlusses (Entschließungsantrag) vom Juli 1990
 - '..Maßnahmen zu setzen mit dem Ziel, die Einfuhr von Tropenholz aus allen Staaten, von denen keine nachhaltige Bewirtschaftung nach anerkannten forstwirtschaftlichen Kriterien nachgewiesen wird oder die Rodungen tropischer Primärwälder, die das Ausmaß lokaler Infrastrukturprojekte überschreiten, zu verbieten', importiert Österreich pro Jahr 30.000 Tonnen tropischer Hölzer.
 - Welche Maßnahmen gedenken Sie angesichts der Unkontrollierbarkeit der 'Selbstverzichtserklärung' zu setzen.

- 3 -

12. In welcher Form gehen Entwicklungshilfeleistung nach Malaysia?
13. Gibt es Exportförderungskredite österreichischer Firmen für Malaysia?
14. Das österreichische Parlament ratifizierte erst kürzlich die ILO-Konvention 169 zum Schutz der eingeborenen Völker. Durch die Raubbau-Praktiken der Holzfirmen in Malaysia werden fundamentale Menschenrechte verletzt. Österreich importiert Tropenhölzer aus Malaysia. Dies widerspricht den Inhalten der ILO-Konvention 169.
 - Welche Schritte zur Einhaltung der Menschenrechte in bezug auf die Konvention wird die österreichische Bundesregierung auf internationaler Ebene setzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Wie mir das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten mitteilt, hat sich die Lage in den Waldgebieten von Sarawak, in denen die eingeborenen Völker der Dayaks leben, entspannt. Die mehrmals erwähnten Straßensperren wurden nach Verhandlungen zwischen der Polizei und den Eingeborenen von diesen freiwillig geräumt. Alle wegen der Errichtung dieser Straßensperren verhaftet gewesenen Personen sind schon vor längerer Zeit freigelassen worden.

Österreich unterstützt alle Bemühungen zur Schaffung internationaler Rechtsinstrumente zur Absicherung der Rechte eingeborener Völker. Im Rahmen des von den Vereinten Nationen für 1993 proklamierten "Jahres der eingeborenen Völker" wird es Österreich möglich sein, dieses Ziel nachhaltiger zu verfolgen.

Zu Frage 3:

Festhalten möchte ich, daß mir die in der Anfrage zitierte Petition nicht überreicht wurde. Österreich vertritt im Rahmen der UNCED 92 folgende Positionen:

- Österreich unterstützt Initiativen im Rahmen des UNCED-Prozesses zur Schaffung eines verbindlichen Instruments zur Bewahrung und Entwicklung der Wälder.
- Österreich schlägt die Förderung von indigenen (eingeborenen) Völkern und ihrer Bewirtschaftungsmethoden und Garantien für ihr Landrecht vor.
- Österreich schlägt die Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung nach zu erarbeitenden Kriterien und die teilweise Unterschutzstellung von Wäldern vor.
- Österreich schlägt Projekthilfe an jene Entwicklungsländer vor, die Maßnahmen zum Schutz der tropischen Regenwälder ergreifen. Neben Maßnahmen der Entwicklungspolitik können dies auch Kompensationszahlungen für Staaten sein, die ihre Regenwälder nicht mehr ausbeuten. Ein Mittel dazu kann die Global Environment Facility (GEF) sein, über deren Ausgestaltung im Rahmen der UNCED verhandelt wird.
- Österreich unterstützt die Erarbeitung weltweiter Wiederaufforstungsprogramme.

Bemerken möchte ich auch, daß sich Österreich schon bisher im Rahmen des UNESCO-Programms "Man and Biosphere" für die Schaffung von Biosphärenreservaten eingesetzt hat.

Zu Frage 4:

Ich verweise auf meine Antwort zu den Fragen 1 und 2.

Zu Frage 5:

Wie mir seitens des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten berichtet wird, wurde Anderson Mutang Urud von den malaysischen Behörden gegen Kautionsbereitschaft auf freien Fuß gesetzt. Gegen ihn soll derzeit ein Gerichtsverfahren wegen Gründung eines illegalen Vereins laufen.

- 5 -

Zu den Fragen 6 und 11:

Einen Alleingang Österreichs bei der Verhängung eines Tropenholzimportstops ist im Hinblick auf das GATT-Übereinkommen nicht möglich. Nicht zuletzt deshalb hat sich Österreich für die Wiederaufnahme der Umweltdiskussion im GATT eingesetzt. So ist es auf österreichische Initiative gelungen, die GATT-Arbeitsgruppe "Handel und Umwelt" wieder zu aktivieren.

Darüber hinaus wird derzeit - wie Sie wissen - im Rahmen des parlamentarischen "Regenwald-Unterausschuß" des Umweltausschusses über eine Kennzeichnung von Holz und Holzprodukten aus nachhaltiger Nutzung sowie den Einsatz alternativer Instrumente beraten.

Zu den Fragen 7 und 8:

Diese Fragen betreffen keinen Gegenstand meines Wirkungsbereichs.

Zu Frage 9:

Wie mir mitgeteilt wird, gibt es derzeit keine Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Zu Frage 10:

Soweit mir bekannt ist, sind keine neuen wirtschaftlichen Kooperationen geplant.

Zu Frage 12:

Für das Jahr 1990 (Daten für 1991 liegen noch nicht vor) sind für Malaysia folgende Entwicklungshilfe-Leistungen ausgewiesen:

- | | | |
|--|---|------------|
| - eine Feasibility-Studie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft | S | 250.000,-- |
| - Leistungen auf dem Gebiet der Auslandskultur | S | 5.500,-- |
| - indirekte Studienplatzkosten für 8 Studenten | S | 492.074,87 |
| - 2 Stipendien für Tourismusinstitut | S | 292.441,26 |

Insgesamt machen die anrechenbaren Entwicklungshilfe-Leistungen für Malaysia im Jahr 1990 über 1 Mio S aus.

Zu Frage 13:

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand meines Vollzugsbereichs.

Zu Frage 14:

Abgesehen davon, daß das ILO-Übereinkommen Nr. 169 von Österreich nicht ratifiziert oder unterzeichnet wurde, verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 1 und 2.

